

Zu hohe Ansprüche?

Im Neumarkter Tagblatt vom 1.11. appellierte unser Bürgermeister, die Bürger sollten ihre Ansprüche an unsere Gemeinde herunterschrauben. Uns fehlt die klare Aussage, was er damit konkret meint. Den seit sage und schreibe 2010 unerfüllten Anspruch auf eine Schule, die zeitgemäße Pädagogik unterstützt, halten wir im Interesse unserer Kinder für vollauf berechtigt. Die Intervention der Rechtsaufsicht sollte den Bürgermeister veranlassen, sich selbstkritisch mit seiner bisherigen Leistungsbilanz auseinander zu setzen. Nicht mal die entspannte Haushaltslage gibt Anlass zur Freude angesichts diverser seit Jahren auf die lange Bank geschobener Projekte. Weit über eine Million wurde bereits verausgabt für Planungen, deren Umsetzung ungewiss ist.

Den Appell an die Bürger können wir nur als Versuch einer Entschuldigung verstehen für seine recht bescheidene Erfolgsbilanz im inzwischen 15-jährigen Wirken in unserer Gemeinde. Die Bearbeitung der schwierigeren Themen verschob er wiederholt von einem Jahr aufs nächste. Beispiele: der Ersatz für die Kulturfabrik beschäftigt Verwaltung und Rat seit 2008, die Modernisierung und Erweiterung unserer Grund- und Mittelschule seit einem vom Ministerium beauftragten Gutachten im Jahr 2010.

Zwar steht inzwischen die Gluck-Kulturhalle als Ort für Veranstaltungen; für Jugendtreff und Probenraum der Musikgruppen hingegen liegt nur eine Planung über knapp 5 Mio. € vor. Die Schule soll im Neubau 57 Mio. € kosten. Im Mitteilungsblatt stellte der Bürgermeister kürzlich wieder die Grundsatzfrage nach Sanierung oder Neubau in den Raum, ein Thema, das eigentlich mit der Ratsentscheidung 2017 pro Neubau endgültig vom Tisch sein sollte. Allein für die Schulplanung liefen inzwischen Kosten von mehr als 1 Mio. € auf. Wir alle wissen, dass in der Nachbargemeinde Freystadt, die ebenso 2010 von Ministerium zum Handeln aufgefordert wurde, die modernisierte, für die Zukunft gerüstete Schule seit mehr als einem Jahr im Betrieb ist.

Und nein! Den Wunsch nach einer Grund- und Mittelschule, die zeitgemäße Pädagogik ermöglicht, halten wir definitiv nicht für einen überzogenen Anspruch der Bürger. Und die Bereithaltung von Kitas und Kindergärten ist schlichtweg gesetzliche Pflichtaufgabe der Gemeinde. Auch hier hat sich ein Defizit aufgestaut, das auf Beseitigung drängt.

Es legt eine eklatante Führungsschwäche in unserer Gemeinde offen, wenn die Rechtsaufsicht eine längerfristige Finanzplanung anmahnen muss und die Priorisierung der anstehenden Maßnahmen verlangt. Wie die Rechtsaufsicht sehen wir im aktuellen Planungs- und Finanz-Fiasko das hausgemachte Ergebnis eines Führungs- und Kompetenzvakuums. Allein eine zielgerichtete Langfriststrategie, bisher im Rathaus als verzichtbar erachtet, kann jetzt das Dilemma lösen und die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde punkto Schule und Kinderbetreuung nach gesetzlichen Erfordernissen erhalten. Die notwendige Kurskorrektur erfordert reflektiertes Planen und Investieren und wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die pessimistischen Finanzprognosen für die nahe Zukunft erschweren die Aufgabe, die Fehler der letzten Jahre zu korrigieren.